

Anlage 10-2 – Sonstige Vereinbarungen zum EVB-IT Cloudvertrag

1 Lizenzmiete

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die im Rahmen der Lizenzmiete geschuldeten Leistungen für sämtliche im Einsatz befindlichen Komponenten bis zum Vertragsende geleistet werden oder diese Komponenten durch zumindest dem vereinbarten Vertragsgegenstand gleichwertige Komponenten fortgesetzt werden können, ohne zusätzliche Kosten.

2 erweiterte Lizenznutzung und Unterlizenzierung (Sublicensing-Vereinbarung)

Gegenstand

- 2.1.1 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das Recht ein, die vertragsgegenständliche Software gemäß den bestehenden Nutzungsbedingungen zu nutzen und diese Nutzungsrechte im Rahmen dieser Vereinbarung an Dritte weiterzugeben (Unterlizenzierung).
- 2.1.2 Die Sublicensing-Vereinbarung ergänzt und erweitert die bestehenden Nutzungsbedingungen des Softwareherstellers. Im Falle eines Widerspruchs gehen die Regelungen dieser Vereinbarung vor.
- 2.1.3 Diese Vereinbarung kann nicht abbedungen werden. Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht verpflichtet, den Auftraggeber über Produktänderungen schriftlich zu informieren und die lizenzrechtlichen Auswirkungen aufzuzeigen.

Erweiterter Kreis der Nutzungsberechtigten

- 2.1.4 Der Auftraggeber als IT-Dienstleister der AOK Bayern und der AOK PLUS ist berechtigt, die vertragsgegenständliche Software nicht nur selbst zu nutzen, sondern vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen die Nutzung auch folgenden Organisationen zu gestatten („Nutzungsberechtigte Organisationen“):
 - a) Sämtliche gegenwärtigen Gesellschafter des Auftraggebers,
 - b) Sämtliche zukünftigen Gesellschafter des Auftraggebers,
 - c) Organisationen, die direkt oder indirekt organisatorisch mit dem Auftraggeber verbunden sind, unabhängig von gesellschaftsrechtlichen Mehrheits- oder Kontrollverhältnissen,
 - d) Tochtergesellschaften, Beteiligungsgesellschaften, Servicegesellschaften, gemeinsame Einrichtungen oder sonstige organisatorische Einheiten, die Aufgaben für oder gemeinsam mit dem Auftraggeber oder dessen Gesellschaftern wahrnehmen,
 - e) Organisationen, die im Rahmen einer Umstrukturierung, Verschmelzung, Spaltung oder sonstigen Gesellschafts- oder organisationsrechtlichen Maßnahmen an die Stelle einer der vorgenannten Organisationen treten.
- 2.1.5 Maßgeblich ist allein, dass die jeweilige Organisation die Software zu eigenen betrieblichen Zwecken innerhalb des organisatorischen Wirkungsbereichs des Auftraggebers oder seiner Gesellschafter nutzt.

- 2.1.6 Eine gesellschaftsrechtliche Kontrolle im Sinne von Mehrheitsbeteiligungen, Stimmrechtsmehrheiten oder Beherrschungsverträgen ist nicht erforderlich.

Unterlizenzierung

- 2.1.7 Der Auftragnehmer erteilt dem Auftraggeber ausdrücklich das Recht, den in 2.1.4 genannten Nutzungsberechtigten Organisationen Unterlizenzen an der Software einzuräumen.
- 2.1.8 Die Unterlizenzierung darf sowohl ausdrücklich (z.B. durch vertragliche Regelung) als auch konkludent im Rahmen der IT-Leistungserbringung erfolgen.
- 2.1.9 Die Unterlizenzen dürfen inhaltlich nicht weiter gehen als die dem Auftraggeber eingeräumten Nutzungsrechte, unterliegen jedoch keiner Beschränkung auf einen festen Nutzerkreis.

Organisationsänderungen

- 2.1.10 Diese Vereinbarung gilt dynamisch und erstreckt sich automatisch auch auf:
- a) neu gegründete Organisationen,
 - b) neu hinzutretende Gesellschafter,
 - c) neue Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften,
 - d) organisatorische Nachfolgeeinheiten.
- 2.1.11 Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer in Textform über die jeweils nutzungsberechtigten Organisationen. Die Information kann gesammelt und periodisch erfolgen. Eine Anzeige ist ausreichend, wenn sie innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach organisatorischer Zuordnung oder Wegfall erfolgt.

Der Auftragnehmer kann der Einbeziehung einer neu gemeldeten nutzungsberechtigten Organisation nur aus wichtigem Grund widersprechen. Ein wichtiger Grund liegt ausschließlich vor, wenn

- a) die Nutzung der Software durch die betreffende Organisation gegen zwingendes Recht, insbesondere Exportkontroll-, Embargo- oder Sanktionsvorschriften, verstoßen würde,
- b) konkrete Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Software rechtswidrig oder vertragswidrig genutzt werden soll, oder
- c) die Einbeziehung der Organisation berechnete wesentliche Geschäftsinteressen des Auftragnehmers oder des Softwareherstellers konkret und erheblich beeinträchtigen würde, insbesondere wenn die Organisation in einem engen organisatorischen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem unmittelbaren Wettbewerber des Auftragnehmers oder des Softwareherstellers steht und hierdurch eine missbräuchliche oder wettbewerbsgefährdende Nutzung konkret zu befürchten ist.

Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen eines wichtigen Grundes.

Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach Zugang der vollständigen Information schriftlich und unter Angabe der maßgeblichen Gründe zu erklären.

Ein Widerspruch wirkt ausschließlich gegenüber der konkret betroffenen Organisation.

Eine Beendigung oder Einschränkung der Nutzungsrechte des Auftraggebers insgesamt ist aufgrund eines Widerspruchs ausgeschlossen.

Verantwortung und Compliance

2.1.12 Der Auftraggeber stellt sicher, dass die Nutzungsberechtigten Organisationen die Lizenzbedingungen des Softwareherstellers einhalten.

2.1.13 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Softwarehersteller auf das Recht verzichtet, einzelne Nutzungsberechtigte Organisationen allein aufgrund ihrer fehlenden gesellschaftsrechtlichen Verbundenheit von der Nutzung auszuschließen.

2.1.14 Eine Beendigung oder Beschränkung des Nutzungsrechts darf grundsätzlich nur die konkret betroffene Nutzungsberechtigte Organisation erfassen. Liegen Umstände vor, die nach dem sonstigen Vertragsverhältnis eine Beendigung oder Beschränkung von Nutzungsrechten rechtfertigen würden und ausschließlich in der Sphäre einer Nutzungsberechtigten Organisation begründet sind, so sind entsprechende Maßnahmen auf diese Organisation zu beschränken. In diesem Fall kann untersagt werden, dieser Organisation künftig weitere Unterlizenzen einzuräumen.

Eine Beendigung oder Beschränkung der dem Auftraggeber insgesamt eingeräumten Nutzungsrechte ist nur zulässig, wenn

- a) der Auftraggeber selbst den vertragsrelevanten Umstand vorsätzlich oder grob fahrlässig zu vertreten hat, oder
- b) der Auftraggeber trotz schriftlicher Aufforderung und angemessener Fristsetzung keine geeigneten Maßnahmen zur Unterbindung des Verstoßes ergreift.

Dem Auftraggeber ist vor Ausübung entsprechender Rechte eine angemessene Abhilfefrist zu setzen, sofern nicht zwingende gesetzliche Gründe ein sofortiges Handeln erfordern.

3 Rechnungsempfänger

Der Rechnungsempfänger/Rechnungsanschrift ist:

**kubus IT GbR c/o AOK Bayern
Bereich USS-UNS-CF
Carl-Wery-Straße 28
81739 München**

4 Datenschutz

Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des jeweiligen Auftraggebers/Bezugsberechtigten (Auftragsverarbeitung). Dafür gilt die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Anlage Nr. 4-1 bis 4-8.

Sollten sich während der Vertragslaufzeit bei der Kategorisierung der Daten Änderungen ergeben, die einen höheren Schutzbedarf erfordern, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Verarbeitung der Sozialdaten gemäß § 80 Absatz 2 SGB X sicherzustellen und die Datenschutzbestimmungen für die Sozialdatenverarbeitung abzuschließen.

5 Zertifikate

Der Bieter muss über eine Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 oder vergleichbar verfügen. Die Einhaltung dieser Zertifizierung (ISO/IEC 27001 oder vergleichbar) in der Lieferkette muss gewährleistet sein. Daher darf der Bieter ausschließlich Unterauftragnehmer zur Erbringung seiner Leistung einsetzen, die über die entsprechende Zertifizierung verfügen. Sofern die Unterauftragnehmer weitere Unterauftragnehmer zur Erbringung der Leistung einsetzen, gilt dies entsprechend.

Die geforderten Zertifizierungen sind von allen Betroffenen über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten.

6 Einsatz von KI

Der Auftraggeber ist als öffentlicher Auftraggeber der KI-VO (EU AI-Act) in der jeweils aktuell geltenden Fassung unterworfen. Sofern der Auftragnehmer künstliche Intelligenz (KI) (einschließlich Machine Learning, Deep Learning) zur Leistungserbringung einsetzen möchte oder Kundendaten wie z. B. personenbezogene Daten (auch in pseudonymisierter Form) für das Training von KI nutzen möchte, hat er den Auftraggeber vor dem Tätigwerden frühzeitig, transparent und umfassend zu informieren.

Der Einsatz von KI bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers nur, soweit

- a) Kundendaten, insbesondere personenbezogene Daten, für das Training, die Feinjustierung oder die Weiterentwicklung von KI-Systemen verwendet werden sollen,
- b) ein Hochrisiko-KI-System im Sinne der KI-VO eingesetzt werden soll,
- c) der KI-Einsatz eine wesentliche Änderung der vereinbarten Leistung oder des Risikoprofils bewirkt oder
- d) der KI-Einsatz erhebliche Auswirkungen auf Datenschutz oder Informationssicherheit des Auftraggebers haben kann, die über das vertraglich vereinbarte Maß hinausgehen.

Dazu hat der Auftragnehmer Informationen über das eingesetzte KI-System dem Auftraggeber bereitzustellen und, soweit ihm verfügbar und für den konkreten Einsatz erforderlich, entsprechende Dokumentationen revisionssicher (in unveränderbarer Form, keine Verlinkung) zu übergeben. Dies umfasst unter anderem Informationen über den Verwendungszweck, das eingesetzte System bzw. Produkt und dessen Version, soweit bekannt und vom Hersteller bereitgestellt die für den Einsatz relevanten Angaben zu Modell, Trainings- bzw. Feinjustierungsdaten, die für den Einsatz wesentlichen technischen Parameter und Leistungsgrenzen sowie die potentiellen Risiken und Nebenwirkungen, die aus dem Einsatz des Systems resultieren könnten. Die Aufzählung ist nicht abschließend, soweit die Informationen dem Auftragnehmer tatsächlich vorliegen und für die Beurteilung des konkreten Einsatzes erforderlich sind.

Beim Einsatz von Hochrisiko-KI-Systemen zur Leistungserbringung verpflichtet sich der Auftragnehmer,

- a) die technische Dokumentation fortlaufend zu aktualisieren und dem Auftraggeber auf Anforderung zur Verfügung zu stellen, soweit ihn hierzu nach der KI-VO oder nach dem Vertrag eine Verpflichtung trifft,
- b) das System fortlaufend zu überwachen, zu aktualisieren und zu pflegen, soweit dies zur vertragsgemäßen Leistungserbringung und zur Einhaltung zwingender rechtlicher Vorgaben erforderlich ist,

- c) wesentliche Änderungen des KI-Systems dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen,
- d) soweit der Auftragnehmer für das betreffende Hochrisiko-KI-System selbst die Rolle des Anbieters wahrnimmt, das einschlägige Konformitätsbewertungsverfahren nach der KI-VO sicherzustellen,
- e) unverzüglich über sicherheitsrelevante Vorfälle zu informieren, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des KI- Systems stehen
- f) bei sicherheitsrelevanten Vorfällen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des KI- Systems stehen, unverzüglich Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

Die bei sicherheitsrelevanten Vorfällen zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen werden zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber bereits vor dem Einsatz der Hochrisiko-KI-Systeme abgestimmt und fortlaufend unter Berücksichtigung sich ändernder Rahmenbedingungen bzw. Vorgaben der Aufsichtsinstanzen sowie aktueller, insbesondere technischer Entwicklungen und Neuerungen fortgeschrieben.

Der Auftraggeber kann im erforderlichen Umfang angemessene Auskünfte, Nachweise und Prüfungen verlangen, soweit dies zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, zur Behandlung konkreter Sicherheitsvorfälle oder zur Abwehr konkreter Haftungsrisiken erforderlich und dem Auftragnehmer technisch und rechtlich möglich ist.

Erfolgt die Leistungserbringung durch einen Unterauftragnehmer, verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Unterauftragnehmer entsprechend vertraglich zu verpflichten, damit diese Leistungspflichten eingehalten werden.

Soweit sich während der Vertragslaufzeit aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI, der Produkthaftung oder der IT-Sicherheit zusätzlicher Anpassungsbedarf ergibt, werden die Parteien Verhandlungen über eine angemessene Anpassung der betroffenen Regelungen aufnehmen. Der Auftragnehmer wird einer solchen Anpassung nicht unbillig widersprechen, soweit diese zur Umsetzung neuer gesetzlicher Anforderungen oder zur sachgerechten Verteilung der hieraus resultierenden Risiken erforderlich ist.

7 Vertragsstrafe

Sollte die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft nicht fristgerecht und freigabefähig fertiggestellt worden sein, so zahlt der Auftragnehmer an den Auftraggeber pro vollendeter Woche der Verzögerung eine Vertragsstrafe, deren Höhe durch den Auftraggeber nach billigem Ermessen festgelegt wird, 5.000 EUR nicht überschreiten und insgesamt 5% des Auftragswertes nicht überschreiten darf und im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist, es sei denn der Auftragnehmer weist nach, dass er die Verzögerung nicht zu vertreten hat.

Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Vom Auftragnehmer gezahlte Vertragsstrafen sind auf etwaige weitergehende Schadensersatz- oder Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers anzurechnen.

Die vorbehaltlose Zahlung einer Rechnung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber bedeutet nicht den Verzicht auf etwaige Vertragsstrafen.

8 außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund

Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages nach Ziffer 20.2 EVB-IT Cloud-AGB liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- a) Der Auftragnehmer kann einen wesentlichen Teil des vereinbarten Produktportfolios nicht mehr liefern und die Zustimmung zur Lieferung von Ersatzprodukten wird nicht erteilt.
- b) Der Auftragnehmer verletzt in einem Vertragsjahr schuldhaft und wiederholt Berichtspflichten und/oder Nebenpflichten, wobei geringfügige Verletzungen außer Betracht bleiben.
- c) Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholt festgelegte Liefer- bzw. Leistungszeiträume oder -zeitpunkte. Unwesentliche Überschreitungen bleiben dabei außer Betracht.
- d) Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholt andere wesentliche Vertragspflichten, wobei geringfügige Verletzungen außer Betracht bleiben.
- e) Die Grundlage der Vertragserfüllung wird aufgrund einer Änderung der Rechts- oder Gesetzeslage oder wegen aufsichtsrechtlicher Maßnahmen wesentlich verändert oder entfällt ganz.
- f) Der Auftragnehmer verletzt die gesetzlichen oder vertraglichen Datenschutz- und IT-Sicherheitsbestimmungen sowie die gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen zum Einsatz von KI nicht nur unwesentlich. Die Parteien sind sich einig, dass jede Verletzung, die Sozialdaten oder diesen gleichgestellten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen betrifft, eine wesentliche Verletzung ist.
- g) Die geforderte Zertifizierung, d.h. ISO/IEC 27001 oder vergleichbar, besteht nicht mehr beim Auftragnehmer oder den Unterauftragnehmern.

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages sind die bis zu diesem Zeitpunkt bereits geleistete Vorauszahlungen anteilig für die verbleibenden Restmonate, um den Teil zurückzuerstatten, um welchen dem Auftraggeber die Leistung des Auftragnehmers aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr nutzen konnte. Die Einrede der Entreicherung ist ausgeschlossen.

9 Weitere Regelungen der Leistungsbeschreibung

Es gelten die in der Leistungsbeschreibung getroffenen Regelungen.